

# ISOR aktuell

Mitteilungsblatt  
der Initiativegemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 12/2003 ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Dezember 2003

## Gedanken zum bevorstehenden Weihnachtsfest – Hoffnungen und Wünsche für 2004

von Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V.



Indem wie die Zeit vergeht. Allerlei Gedanken gehen einen durch den Kopf, wenn man das Jahr 2003 betrachtet. 13 Jahre Deutsche Einheit.

12 Jahre Kampf von ISOR um die Beseitigung von Rentenstrafrecht und Versorgungsbenachteiligung.

Noch immer ist die Politik nicht bereit, diesen Zustand im Interesse aller Betroffenen zu ändern, warten wir immer noch auf eine höchstrichterliche Entscheidung für die vollständige Wiederherstellung der Wertneutralität des Rentenrechts. Die Diskriminierung, Verleumdung und Ausgrenzung der ehemaligen Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR hält unvermindert an.

Und was ist mit den uns Regierenden in Berlin? Reformen sind angesagt. Regierungsparteien und Opposition ringen miteinander. Im Klartext: Sie ringen um den besten Weg zum Sozialabbau. Betroffen sind vor allem die Armen und Schwachen, die Arbeitslosen, die Rentner und der Teil der noch in Arbeit stehenden Menschen mit kleinen und mittleren Arbeitseinkommen.

Andererseits werden Unternehmen und Spitzenverdiener in Wirtschaft und Politik mit Steuerentlastungen bedacht. Wer die Vermögenssteuer tabuisiert und gleichzeitig die Sozialhilfe und die Renten kürzt macht klar, für welche Politik er steht, wessen Interessen er vertritt.

Die zur Zeit Regierenden und die konservative Opposition – in treuer Eintracht mit den eigentlichen Machthabern in unserem Lande, den Bossen von Konzernen, Banken und Versicherungen – machen Ernst!

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Politik des Sozialstaates ihnen immer hinderlicher wird. Das gegenwärtige Verhandlungswirrwarr in den Vermittlungsausschüssen kann eher zu Verschlechterungen als zu Verbesserungen in der künftigen Sozialgesetzgebung führen. Das Mißtrauen wächst. Der einfache Bürger verliert den Glauben daran,

dass die jetzt Regierenden für soziale Gerechtigkeit stehen. Viele gehen nicht mehr zur Wahl. Andere wählen die herkömmlichen Vertreter der Unternehmer und des Kapitals und meinen wohl: lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.



Das ganze Gerede von Modernisierung und Reformpolitik entpuppt sich wieder einmal als ein mehr oder weniger verschleierter, brutaler Griff in die Taschen der Mehrzahl der Bundesbürger.

Sozialpolitik ist Verteilungspolitik, aber die Herrschenden sind nicht bereit, trotz der ungeheuerlich gestiegenen Profite das Notwendige für die Gesundheit und das Leben im Alter der einfachen Menschen oder gar zur Überwindung von Armut zu tun. Die Raublust der Kapitalisten ist global und national entfesselt, seit sie keinen echten Gegner mehr haben. Und das

Kuriosum, wir Ostdeutschen erleben diesen Kapitalismus ohne nennenswerte eigene Kapitalisten, wie es Daniela Dahn so treffend formulierte.

Es stellt sich die Frage: Wie weiter? An uns allen liegt es, diese antisoziale Politik gemeinsam in Solidarität mit den Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen weiter aktiv zu bekämpfen, bis die politischen Parteien und ihre Führungen wieder ihre soziale Verantwortung wahrnehmen.

Es wird von dem Wollen und Vermögen der Gewerkschaften, der Sozialverbände und Sozialvereine abhängen, eine »Allianz gegen den Sozialabbau« in der BRD zu schaffen. Diese Allianz ist notwendig in den Städten und Gemeinden, den Ländern und auf Bundesebene. In dieser Allianz des Kampfes um soziale Gerechtigkeit versteht sich ISOR e.V. als aktiver Mitspieler.

Der Vorstand der ISOR e.V. lehnt die unsocialen Pläne der sogenannten Renten- und Gesundheitsreform ab. Wir werden die Eckpunkte

der angedachten Lösungen kritisch ansehen und gemeinsam mit den anderen Vertretern sozialer Interessen der einfachen Menschen für bessere und sozial gerechtere Lösungen eintreten. Der Schutz der kleinen Leute ist für uns die Hauptfrage. Hier binden wir auch unseren Kampf gegen verbliebenes Rentenstrafrecht ein. Wir wenden uns gegen den doppelten Würgegriff des Sozialabbaus durch Renten- und Gesundheitsreform bei Aufrechterhaltung der Rentenstrafe.

Wir leben in einer Zeit der Wirkungen von Wirtschaftskrisen, Globalisierung, verschärft durch die internationale Unsicherheit, die durch den Irak-Krieg und den internationalen Terrorismus hervorgerufen wurde. Das macht unseren Kampf um soziale Gerechtigkeit nicht gerade leichter, aber auch nicht hoffnungslos. Es darf nicht übersehen werden, dass in unserem Land eine gewisse Resignation vorhanden ist, die auch um unsere Initiativegemeinschaft keinen Bogen macht. Die Bundespolitik und auch die Kommunalpolitik haben dazu beigetragen.

Gerade unter diesen Umständen müssen und werden wir stärker auf die Menschen zugehen. Die beispiellose Solidarität der ISOR-Mitglieder wird sich erneut bewähren. Hieraus erwachsen auch neue Anforderungen an den Vorstand der ISOR, die TIG-Vorstände und besonders an die Betreuer und Kassierer.

Die gezielt geführten Angriffe auf den Sozialstaat machen einen noch konsequenteren politischen und juristischen Kampf gegen Rentenungerechtigkeiten und das Rentenstrafrecht erforderlich.

Im Mittelpunkt steht dabei die Sicherung des bisher Erreichten sowie die Aufhebung der Begrenzungsregelungen gemäß § 6 Absatz 2 und 3 sowie des § 7 des 2. AAÜG-Änd-Gesetzes.

Unser weiterer juristischer Kampf gegen das fortbestehende Rentenstrafrecht ist und bleibt vom Ziel bestimmt, durch die Führung von Musterverfahren eine neuerliche Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu erreichen. Von den gegen Entgeltbescheide des Bundesverwaltungsamtes geführten Musterverfahren liegen zehn als Verfassungsbeschwerden dem Bundesverfassungsgericht vor.

Die Aufgabe in allen Verfahren ist es, letztlich acht Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts zu überzeugen, dass anders als 1999 die Einkommensverhältnisse im MfS jetzt geklärt sind und deshalb die Begrenzung auf 1,0 Entgeltpunkte nicht mehr haltbar ist.

Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts hat den Musterverfahren gegen Rentenbescheide große Bedeutung verliehen. Auf deren Führung sind gegenwärtig hauptsächlich die Anstrengungen gerichtet. Voraussichtlich im nächsten Jahr werden Verfassungsbeschwerden nach Entscheidungen von Landesozialgerichten auch in solchen Verfahren möglich sein. Dazu werden zur Zeit 76 solcher Musterverfahren geführt.

In den übrigen Widerspruchs- und Klageverfahren ist im Hinblick auf Verfassungsbeschwerden das Ruhen der Verfahren beantragt. Inzwischen ordnen die Sozialgerichte und Landesozialgerichte auch weit überwiegend das Ruhen der Verfahren an. Trotzdem wird im Rechtsanwaltsbüro hart darum gerungen, dass

sich dieser Praxis alle Gerichte anschließen und es vor allem dabei bleibt, bis das Bundesverfassungsgericht geurteilt hat.

Das Bundesverfassungsgericht wird demnächst über die bestehenden Entgeltbegrenzungen für Generale, Oberste und hochrangige Leiter in DDR-Ministerien entscheiden, also über die so genannten E3-Fälle. Wir erwarten damit einen weiteren Schritt der Beseitigung von Rentenstrafrecht. Zugleich hoffen wir auf ein klärendes Wort des Bundesverfassungsgerichts, damit unser juristischer Kampf gegen die Entgeltbegrenzung für die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS wieder in überschaubaren Bahnen verlaufen kann. Allerdings wird es noch ein weiter Wege sein, bis auch dieses Rentenstrafrecht gefallen ist. Bis dahin haben wir noch viele Mühen der Ebene zu meistern. Wir sind überzeugt, dass diese Mühen nicht erfolglos sein werden, weil wir uns der Solidarität der Mitglieder unserer Initiativgemeinschaft bewusst, die sie in dieser für uns alle schwierigen Situation, besonders auch gegenüber unseren Rechtsanwälten Bleiberg und Schippert, zum Ausdruck gebracht haben. Das ermöglicht uns im besten Sinne des Wortes den politischen und juristischen Kampf gemeinsam fortzusetzen. Auch politisch werden wir nicht müde werden, die Beseitigung des Rentenstrafrechts – für alle möglichst bald – zu fordern. Auch hier geht es aber um die Überzeugung derjenigen, die Entscheidungsbefugnis besitzen und Mehrheiten bilden können. Sie müssen die Überzeugung gewinnen, dass die pauschale Begrenzung auf 1,0 Entgeltpunkte mindestens auf Dauer verfassungsrechtlich nicht zu halten

ist. Dabei sollen sie erkennen, dass eine Lösung ohne ein erneutes Urteil des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten für beide Seiten ausgewogene Vorteile bringen kann.

Selbstlose Arbeit für andere, eine Maxime unserer Initiativgemeinschaft, dafür gebührt allen unser Respekt, unser Dank und unsere Anerkennung.

Wir haben klare Vorstellungen über unsere Ziele. Dazu werden wir unsere juristischen Möglichkeiten voll ausschöpfen und die politischen konsequent nutzen und weiter ausbauen. Seite an Seite kämpfen wir mit zahlreichen Verbündeten. Wir haben, letztendlich – ob die heute darüber zu Befindenden das schon wahrhaben wollen oder nicht – das Recht auf unserer Seite.

Möglicherweise setzt sich diese Erkenntnis bei den Verantwortlichen erst nach längerem Nachdenken und unter dem Druck der Betroffenen durch.

Vieles wird von uns selbst, von unseren nachhaltigen Aktivitäten und deren Wirksamkeit abhängen.

Anlässlich seines 70. Geburtstages erklärte Sean Connery: »Das Wichtigste im Leben ist, dass man aktiv bleibt.« Wir alle sollen uns diese Lebensweisheit zu eigen machen.

In diesem Sinne wünscht der Vorstand der ISOR e.V. und ich persönlich allen Mitgliedern unserer Initiativgemeinschaft und allen, die solidarisch an unserer Seite stehen, ein friedvolles und besinnliches Weihnachtsfest und ein sozialpolitisch und sozialrechtlich erfolgreiches, vor allem ein gesundes Jahr 2004.

Wir wünschen allen Mut zum Kampf und Vertrauen in den Erfolg.

## Bericht über die Vorstandssitzung vom 26.11.2003

Von Wolfgang Schmidt, Mitglied des Vorstandes

In der Diskussion des Vorstandes zur »Agenda 2010«, die schon deshalb nicht abgeschlossen werden konnte, weil weitere soziale Grausamkeiten derzeit noch im Vermittlungsausschuss des Bundesrates ausgekugelt werden, wurde völlige Einmütigkeit in wichtigen grundlegenden Positionen erzielt. Die »Agenda 2010« wurde als ein neoliberales Sozialabbauprogramm eingeschätzt, mit dem das seit Bismarck geltende Solidarprinzip ausgehöhlt und sozialstaatliche Prinzipien dem global entfesselten Raubtierkapitalismus geopfert werden. Was als Reform der Arbeitsmarkt-, Renten-, Gesundheits- und Steuerpolitik angepriesen wird, verdient diesen Namen nicht und ist vor allem nicht alternativlos.

Die ISOR verfügt weder über die Potenzen noch sieht sie sich in der Pflicht eigene Gegenkonzepte zu entwickeln. Eine »Agenda ISOR«

kann es und wird es also nicht geben. Als Sozialverband und Vereinigung von Betroffenen werden wir aber – ganz im Sinne unserer politischen Konzeption – die anderen Sozialverbände und die entstehenden sozialen Bewegungen mit allen unseren Möglichkeiten unterstützen, die Zusammenarbeit mit ihnen suchen und dabei die einigenden Elemente stärken.

Die »Agenda Sozial« der PDS betrachten wir als das derzeit überzeugendste alternative Konzept zur »Agenda 2010«, werden aber auch alle anderen Alternativen prüfen und unterstützen, sofern sie auf soziale Ausgewogenheit und Verträglichkeit abzielen.

Nach wie vor bleibt die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts und der Kampf gegen das Versorgungsunrecht unser Hauptanliegen. Hierbei geht es um die Klärung von

Rechtspositionen und nicht um die Einforderung von Almosen nach Kassenlage. Die Verteidigung der Rechtmäßigkeit der Arbeit der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR gegenüber politischen Verleumdungen nimmt in diesem Kampf einen wichtigen Platz ein.

Der Vorstand nahm einen Bericht zur Mitgliederbewegung entgegen. Danach hatte ISOR mit Stand vom 30.9.2003 25.197 Mitglieder, 913 weniger als am 30.6.2002. Die Zahl der Neuaufnahmen konnte zwar die Zahl der Austritte in etwa kompensieren, jedoch nicht die Zahl der verstorbenen Mitglieder, die sich in den letzten beiden Jahren auf etwa 1000 beziffert. Der Vorstand orientiert deshalb auf eine verstärkte Mitgliedergewinnung, besonders in den rentennahen Jahrgängen.

Der Vorsitzende der AG Recht, Prof. Dr. Rolf Gruner informierte über den Stand der Erarbeitung eines Grundsatzdokumentes zu Fragen der Wertneutralität des Rentenrechts, das als Textmanuskript vorliegt und voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2004 veröffentlicht werden kann.

## 7. Deutscher Seniorentag 2003

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. mit 80 Vereinen und Organisationen, von denen nur wenige in den neuen Bundesländern präsent sind, wie z.B. die SAPG der PDS, die AG SPD 60 Plus und die Volkssolidarität, veranstaltete unter dem Motto: »Senioren – aktiv in Europa« ihren 7. Jahrestag in Hannover. Zur Eröffnung würdigte die Vorsitzende Roswitha Verhülsdonk (ehem. Staatssekretärin im Familienministerium) die Leistungen der Senioren in der Bundesrepublik, die nach dem 2. Weltkrieg den Wiederaufbau forcierten und so zu der »Wirtschaftswundergeneration« (in der alten BRD) gehören und in ihrer Lebensarbeitszeit eine sichere und angemessene Rente/Pension erarbeitet und verdient habe. Leider gab

es zu den bestehenden Problemen und Differenzen in Ost und West keine Aussage.

Die anstehenden Fragen der Gesundheits- und Rentenreform wurden für mich oberflächlich und unverständlich behandelt, da diese ja in 13 Jahren nach der deutschen Einheit in den neuen Ländern einen Zustand erreicht haben, die eine Neuorientierung der einen oder anderen Forderung durchaus rechtfertigt, wie auch bereits in **ISOR aktuell** »Es wird Zeit«, besonders unsere Interessen betreffend, dargelegt wurde.

Joachim Karlick, Dresden, Beiratsmitglied

## Wahlversammlung des OKV

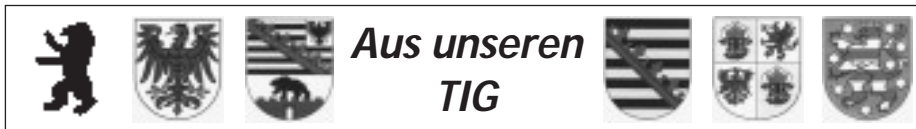
Am 13. November fand in Berlin die Wahlversammlung des Ostdeutschen Kuratoriums von

Verbänden (OKV) statt. Der langjährige Präsident Prof. Dr. Wolfgang Richter, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidierte, erstattete den Bericht über die Arbeit der letzten zwei Jahre.

Zum neuen Präsidenten wurde Prof. Dr. Siegfried Prokop, zum ersten Vizepräsidenten Gerhard Bombal (VS) gewählt.

Die weiteren Vizepräsidenten Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS) und Dr. Gerhard Dylla (ISOR e.V.) wurden wiedergewählt, Gerd Julius (GBM) und der Schatzmeister Siegfried Kraus (IGA) wurden neu gewählt. Als Schriftführer wurde Dieter Becker bestätigt.

Der Vorstand der ISOR e.V. gratuliert dem Vorstand des OKV zur Wahl und wünscht Erfolge bei der Vertretung der ostdeutschen Interessen.



Im August diesen Jahres rief die Vorsitzende des PDS-Stadtvorstandes Agnes Descher dazu auf, in **Plauen** ein Bündnis für soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Im Ergebnis der Konstituierung wurde folgende »Gründungserklärung des Bündnisses für soziale Gerechtigkeit« veröffentlicht: *Wir, die Unterzeichner dieser Erklärung schätzen ein, dass sich die derzeitige Politik der Bundesregierung gegen die Mehrheit der Menschen in diesem Land richtet. Deshalb haben wir uns als breites gesellschaftliches Bündnis gegründet. Wir wollen, unabhängig von ideologischen Grundrichtungen gemeinsam mit den Menschen, die mehr soziale Gerechtigkeit wünschen, den Kampf gegen die Agenda 2010 und ihre verheerenden Folgen für das soziale Gleichgewicht aufnehmen. Wir wollen:*

- über die wahren Hintergründe und Auswirkungen der Agenda 2010 informieren
  - Alternativen suchen und aufzeigen
  - Bündnisstrukturen aufbauen, mit allen die etwas gegen den Sozialabbau unternehmen wollen
  - Aktionen und Proteste organisieren, um die Rücknahme der sozialfeindlichen Regelungen zu erreichen.
- Mit der derzeit vorherrschenden Politik werden ausschließlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeitslosen und ganz allgemein die sozial Schwachen belastet. Deshalb fordern wir:
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
  - eine gerechtere Besteuerung von Unternehmensgewinnen, vor allem der Großunternehmen
  - die stärkere und durchgehende Besteuerung von Devisen- und Aktienhandel, sowie von Gewinnen aus Immobilienspekulationen

- die Beseitigung von Steuerschlupflöchern
- den Erhalt und den Ausbau der Solidarversicherung für alle Einkommensarten und Bevölkerungsschichten.

*Gerechte Steuerpolitik ist die Voraussetzung für eine gerechte Sozialpolitik!*

*Was wird uns mit der Agenda 2010 zugemutet:*

1. Drastische Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für die Arbeitsplatzsuchenden
2. Mehrbelastung bei Zahnersatz, Krankengeld, Medikamenten und Arztbesuchen
3. Abkopplung der Lohnersatzleistungen von der Lohnentwicklung
4. Reduzierung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau
5. Verringerung zukünftiger Renten und der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld

*In Folge dieser Politik steht den Menschen immer weniger Geld zum privaten Konsum zur Verfügung. Deshalb wird es zunehmend fragwürdiger, ob es zu dem (von der Bundesregierung erhofften) wirtschaftlichen Aufschwung kommen wird, da die Binnennachfrage als Motor der Wirtschaft weiter geschwächt wird. Zudem trägt diese Politik zur Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich bei.*

*Die Initiatoren dieses Bündnisses setzen sich dafür ein, dass es endlich wieder zu einer sozial gerechten und ausgeglichenen Politik kommt. Gehen wir in die Offensive, zeigen wir Flagge, hören wir endlich auf, uns alles gefallen zu lassen! Schließen Sie sich unserem Bündnis an!*

**Die Erstunterzeichner sind folgende Organisationen:** Attac Plauen und Vogtland / PDS Vogtland-Plauen / GRH e.V. TAG Plauen / GBM e.V. AG Plauen / ISOR e.V. TIG Plauen/Oelsnitz / Bundesgrenzschutzverband OV Plauen und Einzelpersonen **Karl Heinz Jentsch**

Auf Ersuchen des Vorstandes der TIG **Plauen/Oelsnitz** gewährte uns das Mitglied des Bundestages, Herr Rolf Schwanitz, am 28. Oktober diesen Jahres ein Gespräch, das in freundlicher Atmosphäre ablief.

Karl Heinz Jentsch trug den Standpunkt des TIG-Vorstandes vor, übte Kritik an der Sozialpolitik von Rot-Grün und machte zugleich auf Handlungsbedarf beim Gesetzgeber aufmerksam.

Herr Schwanitz wurde darüber informiert, dass der ISOR-Vorstand Berlin eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Vorsitzenden Horst Parton ins Leben gerufen hat, um einen Gesetzestext mit politischer Begründung zu formulieren, der Rentenstrafrecht und Versorgungsgerechtigkeiten überwinden soll sozusagen als weitere Initiative nach dem Scheitern des Gesetzesvorstoßes von Mecklenburg/Vorpommern. Ihm wurde ein Exemplar von **ISOR aktuell** Nr. 10/2003 überreicht.

Herr Schwanitz äußerte Verständnis für unseren Standpunkt und unsere Forderungen. Im Gegenzug verlangt er Verständnis für seine entgegengesetzte Position und die Verteidigung des 2. AAÜG-ÄndG als Ergebnis einer veränderten Rechtslage nach den Urteilen des BVerfG. Handlungsbedarf sieht er für den Gesetzgeber erst, wenn neue Urteile des BVerfG vorliegen. Außerdem verwies er auf die 3-jährige wirtschaftliche Stagnation und leere Kassen, die zusätzliche finanzielle Belastungen ausschließen. Außerdem könnten in der gegenwärtigen Situation der Belastungen den Bürger Gesetzesregelungen zur Besserstellung von Sonder- und Zusatzversorgten nicht verständlich gemacht werden.

Wir lassen uns aber nicht unterkriegen!

**Karl Heinz Jentsch**



9:02 Uhr am 1. November ab Leipzig Hbf, 12 Uhr an Berlin-Alexanderplatz. Auch eine Gruppe der TIG **Leipzig** war zur ersten Großdemonstration gegen den sozialen Kahlschlag vor Ort.